

Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Abonnementpreis pro Quartal:
Durch die Post bezogen 1 Mk. 25 Pf. incl. Bestellgebühr,
frei ins Haus 1 Mk. 50 Pf.
Abonnements werden von sämmtlichen Post-Anstalten,
Briefträgern u. den Agenten im Kreise angenommen.

Weltower

Inzerate
werden in der Expedition:
Berlin W., Sadow-Strasse 87,
sowie in sämmtlichen Annoncen-Bureaus und den
Agenturen im Kreise angenommen.
Preis
der einfachen Zeitzeile oder deren Raum 20 Pf.

Kreis-



Blatt.

Expedition: Berlin W., Sadow-Strasse 87.

Fernsprech-Anschluß: Amt VI, Nr. 671.

Nr. 134. Berlin, Donnerstag, den 9. November 1893. **37. Jahrg.**

Redaktion und Expedition befinden sich jetzt: Berlin W., Sadowstraße 87, 4. Haus von der Potsdamerstraße, gegenüber dem Elisabeth-Krankenhaus.

Untlisches.

Berlin, den 6. November 1893.

Verzeichnis in Lüdersdorf

der zu Gunsten der Abgebrannten
bei dem Gemeinde-Vorstande in Lüdersdorf ein-
gegangenen Geldspenden:

Datum.	Name des Gebers und Wohnung.	Mark.
8. Okt.	Jänide, Klein-Schulzendorf	2,-
8. "	Durch den Bürgermeister	
	Schmidtsdorf, Trebbin	70,05
9. "	Gemeinde Adlerhof	154,50
9. "	Fischer, Lehnin	10,-
9. "	Lehrer Krüger, Sperenberg	35,-
9. "	Durch S. v. P., Neidschütz bei Rauenburg	3,-
9. "	Gemeinde Christinendorf	47,50
11. "	Gemeinde Groß-Beeren	135,-
11. "	Gemeinde Schönweide	12,-
11. "	E. v. S.	3,-
11. "	Ungenannt, Summersdorf	3,-
13. "	Diring, Summersdorf	10,-
15. "	Richter, Treuenbriegen	3,-
15. "	Gemeinde Fern-Neuendorf	56,50
15. "	Gemeinde Lehrendorf	5,75
15. "	Steck, Altzier, Lenzen	5,-
15. "	Spielfasse Hugo Wernicke u. Co.	5,-
15. "	Kopenhagen, Käbel bei Werben	6,-
15. "	Keller, Ritterschaftsrath, Groß- Zietzen	30,-
15. "	Durch den Bürgermeister Schmidtsdorf, Trebbin	5,63
15. "	Ungenannt	5,-
15. "	Galweit, Schöneberg	25,-
17. "	Kertens, Wafar, Bielefeld	10,-
18. "	Gemeinde Schöneberg	55,50
18. "	Durch Musewald, Berlin, vom Vaterfelder Verein „Roths Kasse“	2,01
19. "	Ein, Berlin, Kreuzbergstr. 9	15,10
22. "	Posthalter Rinkmüller, Ludau	30,-
22. "	Gebrüder Eheling, Berlin	20,-
23. "	Gemeinde Scharfenbrück	30,45
23. "	H. Lieberich, Ziegenhain	10,-
27. "	Durch den Gutsvorsteher Reuter in Summersdorf	40,30
27. "	Vorsteher Domisch in Krummensee	10,-
28. "	Gemeinde Dabendorf	46,75
30. "	Durch den Bürgermeister Schmidt, Baruth	136,10
3. Nov.	Domisch, Adlershof	5,-
	Summe	1073,54

Weitere Beiträge nimmt die Weltower Kreis-
Communal-Kasse, Berlin W., Victoriastraße 18,
entgegen.
Der Landrath. Stubenrauch.

Berlin, den 31. Oktober 1893.

Seitens der Königl. Intendantur des
III. Armeekorps sind an Vergütung für ge-
währtes Quartier für die Monate Juli und August
d. J. zur Zahlung angewiesen worden:

für die Gemeinde	Blankenselde . . .	17,08 Mk.
"	Gleifow . . .	14,52 "
"	Dahlwitz . . .	21,38 "
"	Lantow . . .	31,94 "
"	Richtertrabe . . .	35,89 "
"	Löwenbruch . . .	6,25 "
"	Wahlow . . .	31,45 "
"	Marientelde . . .	84,45 "
"	Zempelhof . . .	126,05 "
"	Zehendorf . . .	42,17 "
"	Groß-Zietzen . . .	25,07 "
"	das Gut Blankenselde . . .	11,39 "
"	Dahlwitz . . .	14,82 "
"	Idorf . . .	23,95 "

Die Gemeinde- und Gutsvorstände ersuche ich,
die Unterverteilung dieser Beträge an die einzelnen
Empfangsberechtigten bewirken zu wollen.
Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.
Stubenrauch, Landrath.

Berlin, den 6. November 1893.

Der Herr Oberpräsident hat dem Gemeinde-
Kirchenrath in Söckenberg die Genehmigung
erteilt, auf die Dauer von 4 Wochen in Söckenberg
eine Hauskollekte zum Besten der dortigen
Kleininderschulen zu veranstalten.
Die Sammlungen werden am 8. d. M. be-
ginnen und müssen sämtliche Kollektanten mit
entsprechenden Legitimationen, sowie mit paginirten
und polizeilich beglaubigten Sammelbüchern ver-
sehen sein.
Der Landrath. Stubenrauch.

Nichtamtliches.

Die Reichstagswahlen 1893.

Nach der kürzlich erschienenen Statistik der
Reichstagswahlen ordnen sich die Parteien nach
der Zahl der für sie abgegebenen Stimmen wie

folgt: Die stärkste Partei ist die sozialdemo-
kratische: sie brachte 1786 738 Stimmen auf
d. i. gegen 1890 mehr 359 000 Stimmen. An
zweiter Stelle erscheint das Zentrum mit
1 468 501 (+ 126 388) Stimmen, dann folgen die
Deutsch-Konservativen mit 1 038 353
(+ 139 209), die Nationalliberalen mit
996 980 (- 190 000), die freisinnige Volkspartei
mit 666 439 und die freisinnige
Vereinigung mit 258 481, beide zusammen
also 924 920 (- 242 844), die deutsche
Reichspartei mit 438 435 (- 47 524),
Antifemiten 263 861, Polen 229 531
(- 17 242), süddeutsche Volkspartei
166 757 (+ 19 157). Man sieht, daß der Gewinn
der Sozialdemokraten zum größten Theil durch
den Verlust der Freisinnigen ausgeglichen wird.
Im Ganzen sind 473 723 Stimmen mehr abge-
geben worden als 1890.

In sozialdemokratischen und freisinnigen
Blättern wird nun triumphirend ausgerechnet, daß,
wenn man die Stimmen der Parteien je nach
ihrer Stellung zur Militärvorlage zusammenzähle,
eine Mehrheit gegen die Vorlage heranstomme;
Sozialdemokraten, Zentrum, freisinnige und süd-
deutsche Volkspartei, Dänen, Welfen, Elsäffer
haben nämlich zusammen rund 4,3 Millionen
gegen 3,2 Millionen Stimmen der anderen
Parteien aufgebracht. Jedoch sind zweifellos aus
dem Zentrum eine erhebliche Anzahl von Stimmen
durchaus nicht im Gegensatz zur Militärvorlage
abgegeben worden. Immerhin wird eine Mehrheit
der Stimmen zu Gunsten der Parteien,
die im vorigen Reichstag die Militärvorlage
abgelehnt hatten, behauptet werden.

Daß trotzdem die Militärvorlage im neuen
Reichstage angenommen wurde, hat seinen Grund
darin, daß die einzelnen Parteien nicht in dem
Verhältniß ihrer Stimmenzahl zu der Gesamt-
zahl der abgegebenen Stimmen an den 399 Wan-
daten theilhaft sind. Wäre das der Fall, so
würden die Sozialdemokraten einige 90 Sitze im
Reichstage einnehmen, statt nur, wie in Wirklich-
keit, 44; die freisinnige Volkspartei hätte ungefähr
34 statt 23 Sitze zu beanspruchen. Dagegen
müßten sich, bei der Theilnahme der Parteien an
den Mandaten nach dem Verhältniß der Stimmen,
die Konservativen mit 53, statt 68, das Zentrum
mit 76, statt 95 Sitzen, begnügen.

Liegt nun darin etwa eine Ungerechtigkeit?
Durchaus nicht. Daß die Sozialdemokraten und
die Demokraten weniger Mandate haben, als
ihnen nach dem Stimmenverhältniß zukommen
würden, liegt zunächst daran, daß ihre Domänen,
die großen Städte und dichtbevölkerten Industrie-
regionen sind, in denen die Wahlkreise der Zahl
der Wähler nach am größten sind. Ferner kommen
die Stichwahlen in Betracht, von denen diesmal
die Entscheidung in hohem Grade abhing und bei
denen namentlich die Sozialdemokraten wegen der
Vereinigung der anderen Parteien gegen sie un-
günstig ab schnitten. Endlich aber und haupt-
sächlich hatten die Oppositionsparteien in viel
größeren Umfange als die militärfreundlichen
Parteien bloße Kandidaturen aufgestellt. Wir
erinnern nur daran, daß die Sozialdemokraten in
nicht weniger als 386 Wahlkreisen von den 399
„Seerschau“ hielten. Dadurch zerplitterten sich
die sozialdemokratischen Stimmen in vielen kleinen,
für das Wahlergebniß in den einzelnen Kreisen
belanglosen Gruppen über das ganze Reich,
während umgekehrt das Zentrum bei allen Reichs-
tagswahlen weit über das allgemeine Stimmen-
verhältniß hinaus an den Mandaten deshalb theilhaftig
war und ist, weil sich seine Anhänger in
den wesentlichen auf bestimmte katholische Gebiete,
Rheinland, Oberschlesien, Bayern, beschränkt und
hier in dichtgedrängten Massen wohnt.

Die demokratische Berechnung, daß angeblich
das Volk in der Mehrheit gegen die Militärvorlage
gewesen sei, ist abgesehen davon, daß die
konservativen und Mittelparteien auf Vermehrung
ihrer Stimmenzahl durch Aufstellung von Kandi-
daten in aussichtslosen Wahlkreisen verzichteten,
schließlich auch um deswillen werthlos, weil neben
den rund sieben Millionen abgegebenen Stimmen,
noch rund drei Millionen Wahl-
berechtigte vorhanden sind, die über-
haupt nicht gewählt haben.

Bundschau.

* Unser Kaiser erlebte in den letzten Tagen
die Regierungsgeschäfte in gewohnter Weise, nahm
am Montag früh die Vorträge des Chefs des
Zivillabinetts, des Staatssekretärs des Reichs-
marine-Amtes und des Chefs des Marinekabinetts
entgegen und empfing um die Mittagszeit den
Generalleutnant und kommandirenden General
des 3. Armeekorps Prinz Friedrich von Hohen-
zollern zur Meldung, der darauf zur Frühstücks-
tafel verblieb. — Nachmittags 5½ Uhr begab sich
Se. Majestät vom Potsdamer Stadtbahnhofe aus
zum Besuche des Königs von Württemberg nach
Bebenhausen. Um 6 Uhr früh wurde am Dienstag
Stuttgart passirt; um 8¼ Uhr erfolgte die Ankunft
in Ulm, wo der König den Kaiser erwartete.
Ein offizieller Empfang fand nicht statt. Unter
lebhafte Hochrufen der zahlreich herbeige-
strömten Bevölkerung erfolgte dann sofort die Weiterfahrt
nach Bebenhausen. Nach dem Frühstück um 9 Uhr
fuhren die Majestäten zur Jagd in das Revier
Entringen.

Der dem Bundesrathe zugegangene Ent-
wurf eines Tabaksteuergesetzes be-
stimmt, daß an Zoll für 100 Kilogramm bei
Tabakblätter, unearbeiteten und Stengeln, auch
Tabakstaunen 40 Mk., bei fabrizirtem Tabak
a) Zigarren 400 Mk., b) Zigaretten 500 Mk.,
c) anderem 250 Mk. erhoben werden. Der Zoll für
Rohtabak kann bis zu neun Monaten gestundet
werden. Des Weiteren ist festgesetzt, daß die
Steuer für im Inlande hergestellte Zigarren
und Zigaretten 33½ pSt., für desgleichen Rauch-
tabak 66½ pSt., für desgleichen Roh-
schnupftabak 50 pSt. des Futurapreises beträgt,
zu welchem diese Fabrikate ausschließlich der Steuer
von dem Fabrikanten verkauft werden. Für Fabri-
kate, welche der Fabrikant im Kleinhandel verar-
beitet, ist die Steuer nach den von ihm anzu-
gebenden Kleinhandelspreisen abzüglich eines vom
Bundesrathe zu bestimmenden Prozentsatzes zu be-
rechnen. Für ausländische Fabrikate ist die Steuer
neben dem Zoll und nach denselben Sätzen wie
für inländische Fabrikate der gleichen Art unter
Zugrundelegung des den ausländischen Empfängern
in Rechnung gestellten Preises unter Hinzurechnung
des Zolles und der bis zum Eintritt in das
Zollgebiet entstandenen Spesen und Kosten zu ent-
richten.

Die Ueberweisungen des deut-
schen Reiches an die Bundesstaaten
sollen für 1894/95 im Ganzen auf rund 355 000 000
Mark veranschlagt sein, wovon auf die Pölle und
die Tabaksteuer 230 800 000, die Branntwein-
steuer 100 000 000 und die Reichsstempelabgaben
24 500 000 entfallen; es würde das ein Mehr von
6 000 000 Mark gegen 1893/94 ergeben. Da die
Mehrausgaben, welche dem Reiche durch die neue
Militärorganisation erwachsen, auf
57 000 000 Mark veranschlagt werden, so würden,
wenn der Reichstag nicht für Erschließung neuer
dem Reiche zu Gute kommender Einnahmen mit
Sorge trägt, nicht weniger als mindestens fünfzig
Millionen Mark durch die Matricularumlagen ge-
deckt werden müssen, wobei eine Steigerung der
Matricularumlagen durch sonstige unabsehbare
Mehrausgaben, wie z. B. der Reichszuschuß zur
Invaliditätsversicherung u., gar nicht in Betracht
gezogen ist.

Die Feststellung des Gesamtbetrages der den
preussischen Kirchgemeinden als Beihilfe zur
Ausbringung der Entscheidungsurkunde
für aufgehobene Stolgebühren zu
gewährenden Zuschüsse aus dem landeskirchlichen
Fonds ist nunmehr erfolgt. Es hat sich dabei
herausgestellt, daß von der dem Stolgebühren-
Ablösungsfonds zufließenden staatlichen Rente ein
Ueberschuß verbleibt. Sämmtliche preussische
Gemeindekirchenräthe sind daher aufgefordert
worden, über die Verteilung der Ersparnisse Vor-
schläge zu machen. Eine Berücksichtigung wird
aber voraussichtlich nur gegenüber solchen Ge-
meinden stattfinden können, die bei einem im Ver-
hältniß zu ihrer Seelenzahl niedrigen Einkommen-
steuerfell erhebliche kirchliche und kommunale Lasten
tragen müssen. Auch kann als Unterstützung
höchstens derjenige Betrag erbeten werden, den die
einzelne Gemeinde gegenwärtig im Wege der Um-
lage zur Deckung der Stolgebühren-Entschädigungs-
rente aufzubringen hat.

Im Reichschaks- und im Reichs-
postamt soll je die Stelle eines Unterstaats-

sekretärs neu errichtet werden. Das Reichschaks-
amt besteht aus zwei Abtheilungen, von denen die
eine die allgemeine Finanzverwaltung, die andere
die Zoll- und Steuerfachen umfaßt; gleichwohl
war bisher nur ein Direktor angestellt. Durch
mehrere Jahre leitete der Staatssekretär des
Schaksamts unter Mitwirkung des ältesten Rathes
eine Abtheilung, der Direktor die andere.
Schließlich wurde die Leitung beider Abtheilungen
dem Direktor übertragen. Jetzt sollen beide
Abtheilungen je einen Direktor erhalten und einer
der Direktoren die Stelle eines Unterstaatssekretärs
erhalten. Ähnlich liegen die Verhältnisse im
Reichspostamt, wo die außerordentliche Ausdehnung
der Geschäfte in Folge der fortschreitenden Ent-
wicklung des Verkehrswezens schon seit längerer
Zeit auf Anstellung eines Unterstaatssekretärs
drängte. Der neue Unterstaatssekretär soll gleich-
zeitig eine Abtheilung des Reichspostamts leiten.

Bereits dem vorigen Reichstage war der
Entwurf einer Novelle zum Viehseuche-
gesetz vorgelegt worden, doch erfolgte damals so
bald darauf die Auflösung des Reichstages, daß
es nicht einmal zur ersten Lesung im Plenum kam.
Daher wird jetzt der Reichstag bald nach seinem
Zusammentritt über die vom Bundesrathe ange-
nommene Novelle zu berathen haben. — Der
Gesetzentwurf beschäftigt sich mit Maßregeln gegen
die Maul- und Klauen- sowie gegen die
Lungenseuche. Der veterinärpolizeilichen
Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche war
früher keine besondere Bedeutung beigelegt worden,
da die Seuche fast überall schnell verlief und nach
einmaligem Durchziehen eines Gebietes von selbst
erlosch. Nüchterns aber hat die Seuche einen
bedeutend größeren Schaden angerichtet; am
Schlusse des Jahres 1887 herrschte sie in 229 Ge-
meinden. Im Jahre 1888 trat sie in 1205 Ge-
meinden und 3295 Gehöften auf, im Jahre 1889
in 6259 Gemeinden und 23 384 Gehöften und 1890
sogar in 9263 Gemeinden und 40 699 Gehöften. An-
nähernd auf diesem Stand ist sie bis heute ge-
blieben. Schon aus dieser Zusammenstellung geht
hervor, daß die Handelsverträge, die erst seit 1892
bestehen, nicht für die Ausbreitung der Seuche
verantwortlich gemacht werden können, da diese
bereits im Jahre 1891 ihren höchsten Stand
erreicht hatte. Die Ursache der weiteren Verbreitung
liegt vielmehr in den veränderten Viehtrans-
portverhältnissen. Es ist festgesetzt, daß
die Verbreitung der Viehseuche sich hauptsächlich
an den Eisenbahnen entlang zog. Durch die auf
diesen erfolgenden großen Viehtransporte wird die
Seuche überall hin verschleppt, und der Landwirth-
schaft großer Schaden zugefügt. Um dem nun
energisch gegenüberzutreten zu können, will der
Gesetzentwurf dem Bundesrathe ermächtigen,
wirksame Schutzmaßregeln vorzuschreiben, und den
Polizeibehörden Raum gewähren, die geeignetsten
Mittel auszuwählen.

Der schweizerische Bundesrathe be-
auftragte die Departements der Finanzen und der
Industrie, einen Bericht sowie einen Antrag vor-
zulegen, betreffend den mutmaßlichen Ertrag des
eigenen Tabakmonopols und be-
treffend die Art und Weise seiner Einführung
unter thunlichster Berücksichtigung der einheimischen
Tabakindustrie.

In Marseille streikten die Arbeiter der
Pferdebahn. Ihrer früheren Gewohnheit ent-
sprechend, stürzten sie die Tramwaywagen um, und
reden wohl auch einen in Brand, wenn sie dazu
kommen können. Der kommunistisch geführte Stadt-
rath nimmt die Streiker in Schutz; die Polizei ist
nicht im Stande dem Treiben derselben Einhalt zu
thun. Bei den desfallsigen Versuchen wurden zwei
Polizeibeamte verwundet.

Am 27. November beginnt in Nimes
die Verhandlung gegen 27 Personen wegen der
Ausbreitungen in Nimes und Avignon. Es be-
findet sich darunter ein Italiener.

Die englische Seebehörde erhielt
die Nachricht, daß bei der Explosion einer Pulver-
mühle in Rio de Janeiro drei Offiziere und
ein Matrose der englischen Kriegsschiffe „Sirius“
und „Racer“ getödtet und fünf Matrosen verletzt
worden seien. Dieselben hätten an der Küste
Sand geholt. Die brasilianische Behörde habe sie
für Rebellen gehalten und deshalb die in der Nähe
befindliche Pulvermühle in die Luft gejprängt. Die
Pulvermühle hätte sich also nicht, wie anfänglich
gemeldet war, in den Händen der aufständischen
Flotte befunden.